

Ukrainekrieg spezial –

An die Wand gefahrener Krieg-Frieden-Diskurs, die vernachlässigte Option Atomwaffen oder Wem „gehört“ die Ukraine?

GUT ein Jahr nach Beginn des Angriffskrieges von Russland gegen die Ukraine ist die Debatte über weiter Krieg oder endlich Frieden so festgefahren wie das Kriegsgeschehen selbst. Es ist zwischen den unterschiedlichen Positionen und Sichtweisen keine Annäherung, geschweige denn eine Vermittlung zu erkennen, da auch die Vermittelnden fehlen. Nicht einmal die UNO ist als solche Instanz über Appelle hinaus zu erkennen oder wie man auch den Eindruck haben kann, überhaupt „erwünscht“. Das Ganze ist zu einer Art superträgem *schwarzem Loch* geworden, das hinter seinem Ereignishorizont Argumente und Fakten gnadenlos im Strudel enormer Gravitationskräfte des Krieges verschlingt.

ES wird nicht einmal noch der Versuch unternommen, Pläne für einen Kriegsstopp und weiteres an Brückenbau wie jenen des brasilianischen Präsidenten Lula oder Ex-US-Außenministers Kissinger auch nur in Erwägung zu ziehen. Es fehlt inzwischen ja nicht an vergleichbaren Vorschlägen, die eine völlig zerfahrene Situation differenzieren. Zweifellos ist das auch die Folge des „Patts“ zwischen der gewaltigen, eskalierenden Kriegsaufrüstung der Ukraine und der ungeheuren Ressourcenfähigkeit Russlands. Kiew will nicht, Moskau braucht nicht den Krieg verhandeln – zum Jetztzeitpunkt! Das Gefährliche daran ist, dass so etwas nicht nur mit der Zeit jedes Interesse an „Lösung“ und Beilegung ermüdet, sondern auch abstumpft. „Gewöhnung“ an einen aussichtslosen Niederwerfungskrieg – an eine abnutzende Verteidigung dagegen – im Osten nichts Neues?

EIN „Manifest (Aufstand) für den Frieden“ der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht und feministischen Publizistin, Alice Schwarzer, wird erneut wie schon der waffenkritische „EMMA“-Brief an den Bundeskanzler zum heftig umstrittenen Stein des Anstoßes. Für den realgrünen Vizekanzler Habeck sogar zum Anlass für Diffamierung der Initiator:innen und mehr als 700.000 Unterstützer:innen, sie erlügen einer und betrieben eine *„politische Irreführung“* der Bevölkerung. Er kommentiert weiter abenteuerlich, sie wollten etwas als Frieden verkaufen, was der „imperialistische Diktator“ Putin Europa aufzwingt. Mehr an Fehleinschätzung geht kaum, man merkt Herrn Habeck seine Ferne überhaupt zu Friedenspositionen an.

DIE Initiatorin Wagenknecht musste sich in der Hart-aber-fair-Runde der ARD vom 27. Februar gegen eine „erlesene“ Phalanx von gleich vier einbestellten Waffenbefürwortenden aus Heribert Prantl, Jurist und Journalist (der dabei halbwegs noch moderat differenzierend argumentierte), Herfried Münkler, Politologe (den die „Gewissenlosigkeit“ der Pazifisten stört), der nassforschen FDP-„Flintenfrau“ Strack-Zimmermann und der grünen Empörungsmoralistin Göring-Eckardt behaupten. Was ihr im Übrigen mit argumentativer Bravour weitestgehend gelang – Chapeau! Des Moderators Louis Klamroths Holzstück war, per Filmausschnitt die Wagenknecht wenige Tage vor dem Invasionstag 2022 mit ihrer zweifelnden Aussage bei „Anne Will“ an einem russischen Einmarsch in die Ukraine vorführen zu wollen. Wagenknecht hielt nur diesen drastischen Schritt für nicht möglich, was viele andere auch nicht taten, die heute so reden als hätten sie es schon immer anders gewusst.

EIN parteiisch erscheinender Klamroth, ging mehrfach körperbetont agierend auf Wagenknecht zu, um zu versuchen, sie mit Nachdruck verbal in die Schranken zu weisen. Das ist für einen Diskussionsleiter schlicht unmöglich (er tat es bei niemand anderem) und ausgesprochen unfair. Die Marginalisierung von Kritik an Kriegspolitik und Waffenintervention hat

in deutschen TV-Polit-Talks ohnehin inzwischen System. Auch in ihrer Partei erfährt die ehemalige Linksfraktion-Vorsitzende distanzierende Resonanz, wie von der Co-Vorsitzenden Wissler und dem Parteivorstand, die ihr keine Unterstützung gewähren. Hier bahnt sich ein Aus-der-Partei-Mobben einer Frau an, die ob der schweren Krise der LINKEN politisch weiterdenkt.

DEN Aufruf unterzeichnende Personen wie die evangelische Kirchenprominente und Theologin, Margot Käßmann, zogen sich von einem öffentlichen Auftritt in Berlin zurück wegen nicht genügender Abgrenzung des Projekts nach „rechts“. Andere distanzieren sich aus solchen Gründen und unter Druck gleich ganz von ihrer Unterschrift. Dennoch kamen ca. 50.000 Teilnehmende (laut Polizeiangaben 13.000) zur Kundgebung am 25. Februar am Brandenburger Tor. Es gibt eine starke deutsche 35 bis 40-Prozent-Antikriegs-Stimmung, die sich durch die gesamte Bevölkerung, darunter auch ein Teil Rechtsorientierter zieht, aber in den Medien, Nachrichten und TV-Talk-Diskussionen gezielt ausgegrenzt so gut wie nicht vorkommt. Diese „Friedensbewegung“, heißt es, sei „rechtsoffen“. Frieden hat keine offizielle Lobby außer in leeren Lippenbekenntnissen. *„Jeder, der bei Sinnen und Verstand ist wünscht sich Frieden“* (O-Ton Minister Habeck in einem ARD-Brennpunkt vom 25.2.). Welch eine Herabwürdigung und Negierung aus Gefühl und Denken begründeten Friedensstrebens. Demnach müssten alle, die zu Krieg und Waffenhilfe drängen, ausgetickte Deppen sein.

FREILICH, da gibt es die propagandistischen Durchhalte- und Bekennerparolen, man werde 2023 „siegen“ (Präsident Selenskyj), Russland dürfe nicht gewinnen (Ampel-Kanzler Scholz), man werde das angegriffene Land so lange mit Kriegsmaterial unterstützen, wie dies erforderlich sei (USA, Nato) usw. Und man kann all das Gebetsmühlenhafte im Grunde nicht mehr hören. Es gibt in der kontroversen Debatte sowohl politisch als auch medial bis zu den Expert:innen-Meinungen keine neuen Aspekte im Konfrontativen, keinerlei neuen Perspektiven, die irgendwie aus dem neben Corona größten Dilemma des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts herausführen würden oder gar könnten.

DAS Geschehen ist in einer und hat sich in eine monologe Sackgasse manövriert. „Dialog“ ist dagegen ob all der ideologischen Kriegsrechtfertigung, die das Reden dominiert, ein Fremdwort geworden oder war es von Beginn an. Doch ohne die Bereitschaft dazu geht gar nichts. Der Russland-Ukraine-Krieg erfüllt alle Kriterien des modernen *totalen Fünfkriegs* (N. Koch): militärisch, politisch, wirtschaftlich, psychologisch, ideologisch, die ihn stützen. In allen fünf Kriterien ist der Westen tief involviert, er ist damit, so sehr sich alle dagegen aussprechen, de facto „Kriegspartei“. Also schlägt man sich gegenseitig die Köpfe weiter ein? Vor allem die USA sind eine treibende Kraft, was allein schon an ihrer massiven militärisch-wirtschaftlichen wie logistischen Unterstützung für die Ukraine in zig Milliarden Dollar-Höhe ablesbar ist. Was über jedes völkerrechtlich vertretbare Maß hinausgeht und Moskau nicht unberechtigt das Argument liefert, von westlicher „Kriegsbeteiligung“, Einmischung und „Mitschuld an Verbrechen“ sprechen zu können.

ABSEHBAR gebe es für Vermittlung und Verhandeln weder Vertrauen noch Spielraum, ist zu vernehmen. Das definieren gerade diejenigen, die permanent an der Eskalationsschraube drehen und so jeden „Spielraum“ blockieren, jedes Vertrauen ersticken. Besonders Washington und London verhinderten im März/April 2022 ein frühzeitiges gegenseitiges Verhandeln. Die Verhandlungspositionen scheinen seither maximal auseinander zu liegen. Das deutet darauf hin, dass dieser Krieg solange geführt werden wird, bis Erschöpfungen und Ermüdungen der Kontrahenten eintreten. Sprich, bis den beteiligten Seiten die Munition und das

„Personal“ auf dem Schlachtfeld ausgeht – doch dann dürften noch Jahre bis zu einem möglichen Ende vergehen. Bis kein Stein mehr auf dem anderen steht in einer total zerstörten Ost- und Südukraine. Will man das? Die Ukraine wird sich bei ihr sonst drohendem Untergang mit westlicher Waffenhilfe militärisch zu verteidigen und zu halten versuchen, das scheint offensichtlich, führt aber zu keiner Lösung. Wie viele militärische und zivile Opfer wird das noch kosten? Der Preis an Menschen muss also in die Höhe gehen bis zu kritischen Punkten. Putin wird und kann nicht zurückweichen, es sei denn um den Preis seines blamablen Gesichtsverlusts und politischen Endes. Die Ukraine wird nicht verhandeln, solange es Putin und sein Gefolge an der Kreml-Macht gibt. Nie würden sie sich mit dem Verlust der Krim für die Ukraine abfinden, ließen auch die USA gerade wieder verlauten.

DIE Sonderheit „Verteidigungskrieg“ behindert einseitig die im eigenen Land angegriffene Seite, drängt sie in die Defensive. Die Verteidiger können (und dürfen) den Angreifer nicht auf dessen Terrain bekämpfen mit Kampffjets und weitreichenden Raketen, was die völkerrechtliche Lage sofort eine andere werden ließe. Sie hätten auch keinen Grund dazu. Was aber auch eine neue Qualität auf russischer Seite bewirken könnte, ihre strategischen Fähigkeiten, etwa Bomberflotten verstärkt einzusetzen. Die begrenzende Definition „Militäroperation“ verbietet im Grunde Flächenbombardements wie etwa im Bombenkrieg des Zweiten Weltkriegs. Sie bedeutet auch, Kriegshandlungen von russischer Seite auf einem gewissen Low-Intensiv-Niveau zu halten. Einige Zehntausend stehen sich mit schwerem „Gerät“ in Front-Gefechten (Donezk, Luhansk) gegenüber, dazu die nadelstichartigen Raketen- und Drohnenschläge gegen die ukrainische Infrastruktur und Zivilbevölkerung bis weit ins Zentrum und in den Westen des Landes. Den Russland durch Besetzung nie gewinnen und halten, höchstens zerstören könnte.

WENN es einen begrenzten, taktischen Atomschlag Russlands gäbe, träfe er vermutlich Ziele (Städte, Kraftwerke, Industrieanlagen, Verkehrswege) in der Zentral- und West-Ukraine. Vor allem Energie- und Gleisanlagen sowie Knotenpunkte, über die der nächtliche Nachschub gerade auch der Westwaffen ins und durchs Land rollt. Man würde den Einsatz im unmittelbaren Kriegsgebiet unterlassen, denn das träfe je nach Wetterbedingungen wahrscheinlich auch die eigenen Truppen. Die Reaktion des Westens wäre entsprechend vergeltend. Es gäbe dann eine offen drohende Weltkriegs-Eskalation.

DIES kann und darf nicht leichtfertig ausgeschlossen werden mit dem Argument, Atomwaffen seien nur undurchführbare Drohmittel. Wie Russland sie vor allem durch Ex-Präsident Medwedew gegenwärtig immer wieder verbal ins Spiel bringt. Sie seien seit Hiroshima und Nagasaki 1945 nie wieder eingesetzt worden. Doch sie wurden immer wieder offensiv als materielle politische Waffen benutzt: in Kuba 1962, im Kampf um die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa in den frühen 1980er Jahren. In jenen Jahren schrammte man haarscharf mehrmals an einem heißen Atom-Krieg gerade noch vorbei. Der atomare „Kriegs- und Katastrophenzwang“ (N. Koch) schien allgegenwärtig. Und schließlich als Drohschirm, unter dem zahlreiche konventionelle Stellvertreterkriege vor allem in der „Dritten Welt“ stattfanden. Die Mär vom haltbaren Frieden in Europa seit 1945 ist darum und mit den Beispielen Jugoslawien und Ukraine ein Trugschluss. Wenn der Krieg in der Ukraine weiter so eskaliert, geschieht dies auch bis zur Schwelle der Atomwaffe. Das gilt es realistisch in den Blick zu nehmen! Wollen die Beteiligten das?

DIE Atombombe ist eine **politisch-militärische Waffe** mit Massenvernichtungscharakter. Davon zeugen etwa noch immer 14.000 Nuklearsprengköpfe zu mehr als 90 Prozent im Besitz der USA und Russlands. Sie würden nach wie vor reichen, einen mehrfachen globalen

nuklearen „Overkill“ zu inszenieren. Davon zeugt auch die „atomare Teilhabe“ einer Reihe von Nato-Staaten (Niederlande, Deutschland, Italien, Türkei). Davon zeugt auch die Gefährlichkeit dieser Waffe in den Händen von Israel, Pakistan, Indien, China und Nordkorea, die alle keine Atomwaffen-Abkommen unterzeichnet haben (China trat bei, ratifizierte aber nicht). Israel will sie offiziell nicht einmal besitzen. Südafrika war Atomwaffenmacht, verzichtete aber unter Druck darauf und stellte seine diesbezüglichen Ambitionen komplett ein. Es spielte allerdings beim „Atom-Express“ der Verbreitung von nuklearem Waffen-Knowhow als Drehscheibe für andere danach strebende Länder wie etwa Pakistan eine höchst unrühmliche Rolle. Israel testete geheim Atomwaffen in Südafrikas tierreichen Wüstengebieten.

IN geschätzt vielleicht vier bis sechs weiteren Ländern gibt es eine industriell-technologische Fähigkeit, aufgrund eigener Atomwirtschaft binnen relativ kurzer Zeit durch forcierte Uran-Anreicherung in den Besitz atomarer Schlagkraft zu gelangen. Zu nennen wären Brasilien, Iran, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien, Japan, die man bis auf den G7-Staat Japan zu den 14 „neuimperialistischen Ländern“ rechnen muss, die der marxistische Autor Stefan Engel in seiner treffenden Analyse herausarbeitet (s. Literatur). Der Iran und Saudi-Arabien sind ungeachtet aktueller „Entspannungszeichen“ extrem verfeindete Länder, die regionalhegemoniale Ziele verfolgen und Gegensätze verdeckt miteinander austragen, Beispiele sind der Krieg im Jemen, die ungeklärte Lage in einem staatslosen („failed state“) Irak, der syrische Bürgerkrieg, die Rolle der islamistischen Terrorvereinigung „IS“. Israel und der Iran wiederum stehen sich spinnefeind gegenüber und sind Teil des nuklearen Pulverfasses Nah-/Mittelost-Vorderindien. Israel bombardierte in der Vergangenheit wiederholt Irans zivil-militärische Atomanlagen. Der Iran ist zudem aktuell Waffenlieferant Russlands.

IN der gegenwärtigen, oft als „Patt“-Situation bezeichneten Lage in der Ukraine, gibt es also keine Bewegung für Argumente der Vernunft und Einsicht. Russland hätte im Fall einer „Niederlage“ (Unfähigkeit), seine Ziele jemals erreichen zu können, drastische Straf-Konsequenzen zu gegenwärtigen: eine Anklage in Den Haag, Aufklärung der Kriegsverbrechen, Forderungen nach Reparation, Entschädigung und Wiedergutmachung. Solches ist in der Regel nur das Los des „Besiegten“. Solch eine mögliche Entwicklung würde vermutlich in Russland ein mittleres politisches Erdbeben auslösen, die Opposition nach vorne bringen, vielleicht zuvor sogar einen Militärputsch auslösen.

DER Ausgang wie auch immer des Russland-Ukraine-Kriegs dürfte die weltpolitische Kräfterkonstellation einschneidend beeinflussen und verändern, je nachdem wie auch China daran beteiligt wäre. Gerade befand sich Frankreichs Präsident Macron kurz vor dem Volkskongress auf China-Reise, um vermutlich auch auszuloten, was am von Peking gerade unterbreiteten chinesischen 12-Punkte-„Friedensplan“ tatsächlich dran ist, der lediglich ein Statement darstellt. Bundeskanzler Scholz begab sich auf Indienfahrt, um in Gesprächen mit dem indischen Premier Modi auszukundschaften, wie man Indien mehr in einen diplomatischen Prozess der Einflussnahme auf Russland einbinden könnte. Als Köder offerierte er Aufenthaltsgenehmigungen und Zuwanderung für qualifiziertes indisches IT- und Wissenschaftspersonal. Von mehreren Tausend ist die Rede. Indien wie China haben sich bei der jüngsten neuen Resolution der UN-VV zur Verurteilung der russischen Aggression enthalten. Macron wie Scholz vertreten bei aller kategorischen Unterstützung der Ukraine nach wie vor die minimale Offenhaltung eines Gesprächskanals nach Moskau.

WENN die Potsdamer Beschlüsse 1945 die Deutschland- und auch Weltpolitik der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs über Jahrzehnte wesentlich mitbestimmten, so war der

sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 die Weichenstellung für die neue multipolare Kräftekonstellation im Zuge des Epochenbruchs von 1989/90 bis in die Gegenwart. Der Vertrag unter Beteiligung der BRD, (noch) DDR, und der vier Weltkriegsmächte USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich war die Verhinderung eines Friedensvertrags der deutschen Beteiligten, da sonst horrenden Forderungen nach Reparation und Wiedergutmachung der vom „Dritten Reich“ überfallenen und verwüsteten Länder auf das vereinte Deutschland zugekommen wären. Dem wenig erfahrenen DDR-Außenminister Markus Meckel (SPD) kam lediglich eine Statistenrolle zu, *who was this guy*, fragen sich noch heute damals beteiligte hochrangige US-Diplomaten. Obwohl der mitratifizierende damalige letzte DDR-Ministerpräsident, Lothar de Maizière (CDU), seine Unterschrift unter das Dokument als die „wichtigste seines Lebens“ bezeichnet.

DER Geist von „2+4“ lebt und wirkt immer noch nach. 1990 im Februar verkündeten die damaligen Außenminister der USA und der BRD, James Baker (Republikaner) und Hans D. Genscher (FDP), gegenüber Journalisten die ominöse mündliche „Zusage“, die Nato nicht nach Osten auszuweiten, wovon sie bald danach nichts mehr wissen durften (Baker im Doku-Interview: *„That's totally bullshit“*). Als bloße Absichtserklärung war sie nicht schriftlich fixiert im Grunde wert- und folgenlos. Man brauchte diese vermeintliche Zusicherung aber, um Generalsekretär Gorbatschow auf bereits wackligem Stuhl in Moskau, dem sein Gegner Boris Jelzin mit seiner täuschenden „Demokratie“-Kampagne innenpolitisch im Nacken saß, zum Zugeständnis eines ‚Ja‘ zur deutschen Vereinigung zu ködern. Für den Abzug von insgesamt 630.000 Rotarmisten (einschließlich Zivilpersonal und Familien) aus der DDR bezahlte die vereinigte BRD 15 Milliarden DM, ohne die der logistische Kraftakt nicht möglich gewesen wäre, denn Moskau war bankrott. Zur Zeit der Modrow-DDR-Regierung verweigerte Bonn bei dessen Besuch Anfang 1990 bereits schon einen von Ost-Berlin erbetenen „Peanuts“-Kredit von 1 Milliarde DM.

DIE Frage der Nato-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze waren weitere Hürden der insgesamt vier absolvierten Zwei-plus-Vier-Verhandlungsrunden mit Abschluss in Moskau. Washington bestand auf Gesamtdeutschland in der Nato. London hatte grundsätzliche Vorbehalte gegen ein vergrößertes Deutschland, die das Projekt fast scheitern ließen. Der Vertrag selbst umfasst lediglich zehn Artikel und eine Protokollnotiz. Wieder gab West-Geld dahinter den Ausschlag. Einen 5-Milliarden-Kredit gewährte die BRD Moskau. Washington unter Präsident George Bush lockte die russische Seite mit einem in Aussicht gestellten Handelsabkommen, da die US-Verfassung eine Geldleistung nicht zuließ. So stimmte am Ende Gorbatschow einem vereinten Deutschland in der Nato zu unter der Bedingung, dass außer der Bundeswehr keine Nato-Truppen in Ostdeutschland stationiert würden. Das schließt logisch weitergedacht auch keine stationierten Nato-Truppen in Osteuropa mit ein. Der amerikanische Diplomat, Schöpfer nach 1945 der antisowjetischen „Eindämmungs“-Strategie (Containment) und fundierte Russland-Kenner, George F. Kennan (Verfasser des Standardwerks „Im Schatten der Atombombe. Eine Analyse der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen von 1947 bis heute“; 1982) warnte 1996 in einem Artikel der „New York Times“ eindringlich vor einer Nato-Ostausdehnung. Es wäre der größte Fehler der USA und des Westens, was Russland nicht auf sich sitzen lassen könne und würde. Man schlug seine mahnende Stimme in den Wind. Natürlich kann sich jedes Land selbst aussuchen, mit wem es verbündet sein will. Aber der Westen tat einiges dazu, dass diese Entscheidung alternativlos pro Nato fiel. Es hätte mit amerikanisch-russischer Vertrags-Garantie z. B. auch zu einem „Bündnis Ost“ der Blockfreien kommen können, was

ein wirklicher Beitrag zum Frieden gewesen wäre, der die ehemaligen Kalte-Kriegs-Lager entspannt hätte, statt neue Gegensätze zu zementieren.

„GORBIS“ Zugeständnis war sein politisches Todesurteil. Eine rechte Verschwörung im parteipolitisch-militärischen, sowjetischen Staatsapparat putschte während seines Urlaubs auf der Krim gegen ihn und der demokratisch gewendete Apparatschik Jelzin nutzte dies, um seine politische Machtposition zu festigen. Böse Zungen behaupteten, Gorbatschow habe damals durch seine Abwesenheit die Putschisten geradezu zum Handeln „ermuntert“. Er selbst schloss dies in seinen Erinnerungen („Der Staatsstreich“) stets aus. Eine Moskauer Bevölkerung auf den Barrikaden, auf die die aufständischen Soldaten in den Panzern nicht schießen wollten (und durften), vereitelte den dilettantisch angelegten Umsturz-Versuch. Vor versammelter Duma demütigte Jelzin Gorbatschow, dem im Dezember 1990 nur noch sein Rücktritt als sowjetischer Staats- und Parteichef übrig blieb, was das rasche Ende der Sowjetunion einläutete. Polen ertrotzte von den Deutschen die Zusicherung eines Verzichts auf Gebiete jenseits der Oder-Neiße. Die Bezeichnung östliche Bundesländer als Definitum wich zugunsten der „neuen“ Bundesländer. Und das nordöstliche Bundesland Mecklenburg, wo Plattdeutsch gesprochen wird, bekam den Zusatz „Vorpommern“. Beides sollte gegenüber den mächtigen Unions-nahen Vertriebenen-Verbänden die Illusion aufrechterhalten, als gäbe es dahinter nach wie vor noch etwas ehemals „Deutsches“. Noch in den Fünfzigerjahren besang man in deutschtümelnden Heimatfilmen wie „Grün ist die Heide“ bei einem Trachtenaufmarsch das jetzt in Polen und Tschechien gelegene Riesengebirge in revanchistischer Tonart grotesk als „deutsches Gebirge“.

DIE Beziehung Deutschland-Ukraine könnte erheblich belastet und beschädigt werden. Es gilt aufzuklären, wie und durch wen es im September 2022 zur ferngezündeten Sprengung mehrerer Röhren der Gas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 nahe dänischen und schwedischen Gewässern kam, die vor allem die USA nicht akzeptierten und bekämpften. Wie Washington betont, mit Sanktionen, nicht Sabotage. Zunächst schob man die Sache den Russen in die Schuhe, doch welches Interesse sollten diese an der Zerstörung von Pipelines für ihr eigenes Gas haben? Es ist ein gezielter politischer Sabotageakt, der sogar eine mögliche Umweltkatastrophe in Kauf nahm, da die Röhren mit Gas gefüllt waren, das in großen Mengen an die Oberfläche und in die Atmosphäre austrat. Aufgrund von Ermittler-Erkenntnissen weisen nun angeblich vage Spuren in die Ukraine zu einer „pro-ukrainischen“ Gruppe. Wer/was soll das sein? Ein privater „Unternehmer“ hätte womöglich das Ganze finanziert und eine Yacht angemietet. Agierende reiche Privatleute, um der Regierung einen Gefallen zu erweisen? Was ist das für ein vertuschendes Ammenmärchen für ein genau geplantes kriminelles Vorhaben! Für das es gleich mehrere erfahrene Taucher und entsprechende Gerätschaft braucht, um in einer Tiefe von 70 und mehr Metern zu operieren, wo die Gas-Röhren verlegt sind. Wo normale Sauerstoffflaschen nicht ausreichen und man an Bord eine Druckkammer benötigt. Wahrscheinlicher ist eher der Einsatz von Mini-U-Booten, die eine Überwasser-Basis benötigt hätten. Welche Rolle spielte dabei der ukrainische Geheimdienst, bekannt für seine rege aktive Kriegstätigkeit an vielen Orten und gar die ukrainische Regierung selbst? Eine ukrainisch gedeckte und verdeckte Aktion erscheint nicht unplausibel.

ES ist erforderlich, im Kontext der Perspektiven des Russland-Ukraine-Kriegs von diesen und anderen Dingen wieder zu sprechen. Von der sprichwörtlichen „Russian Angst“ vor dem Westen bis zur Herausforderung, die in einer „*Dekolonisation des westlichen Blicks auf Osteuropa*“ besteht (G. Sasse, s. Literatur). Das „2+4“-Fanal ist Ausgangspunkt der „ursächlichen Kränkung“ („ZEIT“-Moskau-Korrespondent M. Thumann), man könnte auch sagen, des

Herrschafts-Traumas, des GPU-Autokraten Putin, ohnmächtiger Zeuge des Zerfalls der Sowjetunion zu werden. Moskau beansprucht die Ukraine, einst fruchtbares Schwarzerde-Land seiner bäuerlichen Bewohner („Kosaken“), die sich schon gegen die landwirtschaftliche Zwangskollektivierung in frühen Sowjetzeiten unter Stalin militärisch wehrten (anarchistische Bauernarmee des Nestor Machno), ohne Eigenwert historisch völlig haltlos als „russisch“. Für die EU und die USA ist die Ukraine anknüpfend an ein starkes ukrainisches Streben nach Europa („Euro-Maidan“ 2013) westlich und europäisch orientiert bzw. wird machtsphärisch dazu gemacht und erklärt. Das vor allem russische Festhalten ideologisch an großrussischen Denkmustern führt rückwärtsgewandt keinen Deut weiter.

DIESE imperial vereinnahmenden Sprach- und Denkbastionen müssten erstmal fallen. Beides wird dem Status der Ukraine als existenzberechtigtem, souveränem „Mittelstaat“ nicht gerecht. Der gesamte Westteil und große Teile der Zentralukraine sind weder kulturell noch ethnisch „russisch“ geprägt oder orientiert. Selbst in der derzeit heftig umkämpften, ostukrainischen Stadt Bachmut im Norden des Donbass betrug das Verhältnis ukrainischer zu russischer Bevölkerung zwei zu einem Drittel, als sie vor dem 24. Februar 2022 noch etwa 75.000 Einwohner zählte. Heute harren noch etwa 4.500 oft alte und kranke Menschen, die nicht wissen, wohin sie fliehen sollen, in den Bunkern und Kellern der zu 60 Prozent zerstörten Stadt aus. Ein humanitäres Drama. 30.000 Soldaten der ukrainischen Armee stehen russischen Soldaten und Wagner-Söldnern in mindestens ähnlicher Zahl an der Bachmut-Front gegenüber. Die Zahl der Gefallenen geht gesamt mittlerweile wohl in die Zehntausender Zahl. Vermutlich mehr als 200 Menschen fanden bei den Kämpfen und Luftangriffen seit über einem halben Jahr den Tod. Welch ein Wahnsinn! Lässt sich dieser kompakte gordische Kriegs-Knoten jemals entknüpfen oder von wem „zerschlagen“? Zu Beginn der Achtzigerjahre des vorigen Jahrhunderts konnte sich ein Berlin-West-Besucher an der Mauer vor dem Brandenburger Tor kaum vorstellen, wie sich dieses Bollwerk des „Eisernen Vorhangs“ (W. Churchill) jemals friedlich beseitigen lassen würde... © Elmar Klink, D-Bremen, 15. März 2023.

| **Herangezogene Quellen/Literatur:** „**Machtkampf um die deutsche Einheit – Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen**“. Film-Dokumentation von Ulrich Stein und Gerhard Spoerl. D 2019; **Michael Thumann:** Revanche. Wie Wladimir Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat. München 2023; **Stefan Engel:** Über die Herausbildung der neuimperialistischen Länder. Essen 2014; **Stefan Engel, Gabi Fechtner, Monika Gärtner-Engel:** Der Ukrainekrieg und die offene Krise des imperialistischen Weltsystems. Essen 2022; **Klaus von Dohnanyi:** Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche. München 2022³; **P.M.S. Blackett:** Militärische und politische Folgen der Atomenergie. Berlin-West 1949; **Elmar Klink:** 70 Jahre atomare Bedrohung. Atomrüstung, Politik mit Atomwaffen, Kalter Krieg. Dreiteilige Artikelserie in der marxistischen Zeitschrift „Arbeiterstimme“ Nrn. 189/190/192, Nürnberg 2015/16; **George F. Kennan:** Russland, der Westen und die Atomwaffe. Berlin 1982 (dt. erstm. 1958) [Mit e. Essay von Marion Gräfin Dönhoff: „Planungschef beim Wiederaufbau der Welt“, S. IX-XXXIII]; **Günther Anders:** Die atomare Drohung. Radikale Überlegungen [Urspr.: „Endzeit und Zeitenende. Gedanken über die atomare Situation“ 1972]. München 1981; **Richard D. Precht, Harald Welzer:** Die vierte Gewalt. Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist. Frankfurt/M. 2022; **Andreas Kappeler:** Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 2022²; **Gwendolyn Sasse:** Der Krieg gegen die Ukraine. Hintergründe, Ereignisse, Folgen. München 2022; **Thomas Franke:** Russian Angst. Einblicke in die postsowjetische Seele. Hamburg 2017; **Serhii Plokyh:** Die Frontlinie. Warum die Ukraine zum Schauplatz eines neuen Ost-West-Konflikts wurde. Reinbek b. Hamburg 2022; **Michail Gorbatschow:** Alles zu seiner Zeit. Mein Leben. München 2014; **Kersten Lahl, Johannes Varwick:** Sicherheitspolitik verstehen. Handlungsfelder, Kontroversen und Lösungsansätze. Frankfurt/M. 2022³; |

Der Verfasser, Jg. 1953, freier Autor, 1977-1983 Ausbildung in Sozialpädagogik und Sozialwissenschaften, ist seit den frühen Siebzigerjahren politisch in der Kriegsdienstverweigerer- und Friedensbewegung aktiv, war lange beruflich in evangelischer Friedensverbandsarbeit tätig und versteht sich als religiöser Sozialist